

Telefon +41 (0)52 632 73 61
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

An die Medien

Aus den Verhandlungen des Regierungsrates

Regierung schlägt Verzicht auf kantonales Integrationsgesetz vor

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, auf die Schaffung eines kantonalen Integrationsgesetzes zu verzichten und die erheblich erklärte Motion zur Schaffung eines solchen Gesetzes abzuschreiben. Nach Ansicht der Regierung besteht im Rahmen des Bundesrechts kaum Spielraum für kantonale Bestimmungen. Das bestehende Bundesrecht wird im Kanton Schaffhausen konsequent umgesetzt. Zudem sind im Bereich Integration zurzeit sehr viele Fragen offen auf Bundesebene.

Bereits im Rahmen der Beschlussfassung über die Motion von Martin Egger hatte der Regierungsrat auf die umfassende Regelung im Bundesrecht hingewiesen. Nach der Erheblicherklärung der Motion wurde der Entwurf für ein Integrationsgesetz ausgearbeitet und im Februar 2010 in die Vernehmlassung gegeben. Die Vernehmlassungsteilnehmer haben die Notwendigkeit eines kantonalen Integrationsgesetzes mehrheitlich verneint bzw. zumindest erheblich in Zweifel gezogen.

Auf Bundesebene ist zurzeit eine grosse Anzahl von Vorstössen zum Thema Integration hängig. So gibt es aktuell Vorstösse, welche direkt auf die Schaffung eines Bundesrahmengesetzes über die Integration abzielen. Zudem ist der Handlungsspielraum für die kantonale Gesetzgebung marginal. Er beschränkt sich primär auf die Schaffung von Rechtsgrundlagen für zusätzliche Fördermassnahmen. Für Massnahmen im Bereich von "mehr Fordern" bzw. für schärfere Bestimmungen braucht es eine Änderung des Bundesrechts.

Seit September 2008 kommt im Kanton Schaffhausen das Instrument der Integrationsvereinbarung, das zentrale Element einer fordernden Integrationspolitik, zum Einsatz. Dabei können die Erteilung und die Verlängerung einer Aufenthaltsbewilligung zur Erreichung der Integrationsziele mit der Auflage verbunden werden, dass ein Sprach- und Integrationskurs mit ernsthaftem Engagement absolviert wird. Die ersten Fälle aus dem Jahr 2008 zeigen, dass die Vereinbarungen eingehalten wurden.

Im Kanton Schaffhausen hat das Thema Integration eine lange Tradition. Als einer der ersten Kantone verfügt Schaffhausen seit den 1970er-Jahren über die Kontaktstelle Schweizer - Ausländer (heute Integres). In einem grossen Projekt haben zudem im Jahre 2003 der Regierungsrat und der Stadtrat Schaffhausen gemeinsam umfassende "Leitlinien für eine kohärente Integrationspolitik" mit einem breiten Spektrum an gezielten Massnahmen erlassen. Weder das Prinzip "Fördern und Fordern" noch das Instrument der Integrationsvereinbarung muss neu erfunden werden. Vielmehr ist beides schon seit über zwei Jahren im eidgenössischen Ausländergesetz verankert. Wichtig sind die konsequente Umsetzung und die fallgerechte Ausnützung des Ermessensspielraumes. Genau dies wird in unserem Kanton gemacht. Deshalb ist der Regierungsrat heute noch deutlicher als bei der Erheblicherklärung der Motion der Überzeugung, es sei - zumindest bis zum Vorliegen definitiver und schlüssiger Rahmenbedingungen auf Bundesebene - auf ein kantonales Integrationsgesetz zu verzichten.

Regierung stützt Rodungsbewilligung für Siblinger Randenturm

Der Regierungsrat hat den Rekurs gegen die vom Kantonsforstamt erteilte Bewilligung für die Rodung von Wald für den Neubau des Siblinger Randenturms abgewiesen. Gegen die Rodungsbewilligung hat der Heimatschutz Schaffhausen rekurriert. Der Regierungsrat hat die Vorbringen des Rekurrenten geprüft und festgestellt, dass die beabsichtigte Rodung sämtliche Voraussetzungen gemäss der Wald- sowie der Natur- und Heimatschutzgesetzgebung erfüllt. Das Interesse an der Walderhaltung ist, wenn überhaupt, nur geringfügig tangiert. Der Turm ist zudem auf den vorgesehenen Standort angewiesen und erfüllt die Voraussetzungen der Raumplanung. Die Regierung hat daher die Rodungsbewilligung bestätigt.

Gegen die vom Regierungsrat im Dezember 2009 bestätigte Bewilligung für den Abbruch des alten Siblinger Randenturms und die Erstellung eines neuen Randenturms an gleicher Stelle wurde vom Heimatschutz Schaffhausen Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Obergericht erhoben. Dieses Verfahren wurde vorläufig bis zum Abschluss des Rekursverfahrens betreffend Rodungsbewilligung sistiert.

Geodaten-Strategie für den Kanton Schaffhausen

Der Regierungsrat hat die Geodaten-Strategie des Kantons Schaffhausen verabschiedet. Die Strategie sieht vor, dass eine gemeinsame und einheitliche Datenplattform für raumbezogene Daten des Kantons Schaffhausen flächendeckend für Kanton, Gemeinden, Leitungsbetreiber und Private zur Verfügung steht. Zur Umsetzung der Strategie sind weitere Geodatenätze nach Prioritäten bereitzustellen, die kantonale Geodaten-Infrastruktur in Abstimmung mit der nationalen Geodaten-Infrastruktur weiterzuentwickeln, die Geodaten und Geodienste zu koordinieren sowie die Zusammenarbeit mit den kantonalen Dienststellen, den Gemeinden und dem Bund zu fördern.

Geodaten sind raumbezogene Daten, die mit einem bestimmten Zeitbezug die Ausdehnung und Eigenschaften bestimmter Räume und Objekte beschreiben, insbesondere Lage, Beschaffenheit, Nutzung und Rechtsverhältnisse. Für die Darstellung und Nutzung der raumbezogenen Daten betreibt der Kanton Schaffhausen ein Geografisches Informationssystem. Darin werden Geodaten über Boden, Wasser, Vegetation, Verkehr und Siedlungen gespeichert und für die Nutzer einfach abrufbar zur Verfügung gestellt. Seit 2006 sind Geodaten über den Kanton Schaffhausen im Internet abrufbar. Die Anzahl Benutzer hat sich seit 2006 verdoppelt. Aktuell verfügbar sind Daten zur Amtlichen Vermessung, Landeskarten, Richtplan, Zonenpläne, Gefahrenkarten usw.

Regierungspräsident Erhard Meister reist nach China

Vom 10. bis zum 15. August 2010 weilt Regierungspräsident Erhard Meister in China. Auf seiner Reise unterstützt er die kantonale Wirtschaftsförderung in ihren Verhandlungen mit bedeutenden chinesischen Unternehmen. Zudem nimmt er teil an der Eröffnung des neusten Werks von Georg Fischer und ist Gast am offiziellen Schweizer Tag an der Expo in Shanghai.

Hauptgrund der China-Reise von Erhard Meister ist die Unterstützung der Wirtschaftsförderung des Kantons Schaffhausen bei laufenden Ansiedlungsverhandlungen mit bedeutenden chinesischen Unternehmen. Gleichzeitig nimmt Erhard Meister die Gelegenheit wahr, an der Eröffnung des neusten Werkes von Georg Fischer teilzunehmen. Dieses wurde in Tianjin, einem industriellen Zentrum nordöstlich von Beijing, errichtet.

Eine weitere Station der Reise ist die Expo in Shanghai. Dort findet am 12. August der Schweizer Nationentag statt, an welchem Erhard Meister dabei sein wird. Der Anlass wird offi-

ziell eröffnet von Bundespräsidentin Doris Leuthard. Ihr Auftritt steht in einer Reihe verschiedener hochrangiger Besuche zu Ehren des 60-jährigen Jubiläums der diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und China.

Regierung sagt Ja zu besserer Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs

Der Regierungsrat befürwortet grundsätzlich die Totalrevision des Bundesgesetzes betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs, wie er in seiner Vernehmlassung an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement festhält. Mit der Vorlage will der Bundesrat sicherstellen, dass mutmassliche Straftäter auch heute und in Zukunft überwacht werden können. Die Gesetzesänderung zielt nicht darauf, mehr, sondern besser überwachen zu können. Die Überwachung des Fernmeldeverkehrs zur Verfolgung schwerer Straftaten wurde in den letzten Jahren durch die technische Entwicklung vor allem im Bereich des Internets erschwert. Gleichzeitig werden Bestimmungen eingeführt, die den Anforderungen des Datenschutzes Rechnung tragen. Ausserhalb von Strafverfahren sollen Überwachungen in Zukunft nicht nur für die Suche nach vermissten Personen, sondern neu auch für die Suche nach Personen möglich sein, die zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden sind oder gegen die eine freiheitsentziehende Massnahme verhängt worden ist. Für den Regierungsrat ist insbesondere diese letztgenannte Neuerung sinnvoll. Bei den Bestimmungen zum Verfahrensablauf bringt die Regierung einzelne Vorbehalte an.

Regierung für Genehmigung UNO-Feuerwaffenprotokoll und Änderung des Waffengesetzes

Der Regierungsrat stimmt der Genehmigung des UNO-Feuerwaffenprotokolls und der Änderung des Waffengesetzes zu, wie er in seiner Vernehmlassung an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement festhält. Das UNO-Feuerwaffenprotokoll bezweckt die umfassende Bekämpfung der illegalen Herstellung und des illegalen Verkehrs von Feuerwaffen und setzt Mindeststandards für die Markierung und die Registrierung solcher Gegenstände. Mit der Änderung des Waffengesetzes werden die Vorgaben von zwei Schengen-Weiterentwicklungen umgesetzt. Zudem wird mit der Gesetzesrevision die rechtzeitige und zuverlässige Identifikation und Rückverfolgung von Kleinwaffen und leichten Waffen sowie die Förderung und Erleichterung der internationalen Zusammenarbeit und Hilfe bei der Markierung und Rückverfolgung sichergestellt. Angesichts des Mitwirkens der Schweiz an der wirkungsvollen internationalen Bekämpfung der unerlaubten Herstellung und des unerlaubten Handels mit Feuerwaffen erscheinen für die Regierung ein Beitritt der Schweiz zum UNO-Feuerwaffenprotokoll und die Änderung des Waffengesetzes sinnvoll.

Neue Regelung für Verrechnung der Wasserentnahme

Der Regierungsrat hat eine Anpassung der Verrechnungsart bei Wasserentnahmen für landwirtschaftliche Bewässerungen vorgenommen. Statt wie bisher pauschal erfolgt neu eine Verrechnung gemäss der tatsächlich bezogenen Entnahmemenge. Diese Änderung wurde möglich, da vor kurzem auf eine Erfassung mittels Wasseruhren umgestellt wurde. Die bisherigen pauschalen Mengenberechnungen bildeten die Realität schlecht ab. Neu kann zudem das Baudepartement den Leistungspreis reduzieren, sofern die Wasserentnahme nur während einer beschränkten Zeit im Jahr erfolgt. Der Regierungsrat hat eine entsprechende Änderung der Verordnung zum Wasserwirtschaftsgesetz beschlossen.

Bewilligung des "Supermoto" in Ramsen

Der Regierungsrat erteilt dem OK Supermoto die Bewilligung zur Durchführung der motorsportlichen Veranstaltung "Supermoto" in Ramsen vom 10. - 12. September 2010. Die betroffene Gemeinde Ramsen hat der Veranstaltung zugestimmt.

Genehmigung von Gemeindeerlassen

Der Regierungsrat hat folgende Gemeindeerlasse genehmigt:

- die von der Gemeindeversammlung Hemishofen am 19. Mai 2010 beschlossene Beitrags- und Gebührenordnung;
- die von der Gemeindeversammlung Lohn am 31. Mai 2010 beschlossene Änderung der Beitrags- und Gebührenordnung.

Personelles

Der Regierungsrat hat unter bester Verdankung der geleisteten Dienste vom Rücktritt zufolge Pensionierung von Willi Gretler, Leiter Grundbuchamt, auf den 31. August 2011 Kenntnis genommen.

Amts jubiläen

Der Regierungsrat hat Doris Kraft Ehrat, Dozentin an der Pädagogischen Hochschule Schaffhausen, Elisabeth Neidhart, Sekundarlehrerin, Elisabeth Zürcher, Lehrerin für Handwerkliches Gestalten, und Veronika Hablützel, Lehrerin für Ernährung & Haushalt, die am 1. bzw. 12. August 2010 das 25-jährige Amtsjubiläum begehen können, seinen Dank für ihre bisherige Tätigkeit im Dienste der Öffentlichkeit ausgesprochen.

Schaffhausen, 10. August 2010
bis und mit Nr. 30/2010
27/2010

Staatskanzlei Schaffhausen